

Biel diskriminiert GrünAlternative nicht

Wahlen 2011 Regierungsrat weist Beschwerde ab – Gemeinden regeln Plakatierung unterschiedlich

VON B. UTZ UND R. SCHNEUWLY (SDA)

Die Stadt Biel hat im Zusammenhang mit Plakaten für die nationalen Wahlen keine Fehler begangen und auch keine Partei diskriminiert: Der Regierungsrat hat eine Wahlbeschwerde der GrünAlternativen, in der dies geltend gemacht wurde, abgewiesen.

Die in der Stadt Bern ansässige Partei hatte sich Ende August mit der Frage an die Stadt Biel gewandt, welche Bedingungen fürs kostenlose Aufhängen von Wahlplakaten in der Uhrenstadt gälten. Die Bieler Stadtkanzlei antwortete, die Frist für die Anmeldung von Gratisplakaten sei schon Anfang August abgelaufen.

Rechtzeitig angemeldet hatten sich die Parteien SVP, SP, BDP, FDP, EVP, Grüne, Junge Grüne und Junge Alternative JA sowie die Liste Sozial-Liberale Bewegung von Ricardo Lumengo. Unter ihnen hat die Stadtkanzlei inzwischen die insgesamt 126 Bieler Plakatstellen aufgeteilt. Jede Liste erhielt an 7 Standorten je 14 Stellen.

Wie die GrünAlternativen hätten auch die Piratenpartei sowie die CVP und die Partei der Arbeit zu spät angefragt. «Drei davon haben die Nichtberücksichtigung beziehungsweise das Fristversäumnis akzeptiert», heisst es in der Stellungnahme zur Beschwerde an die bernische Staats-

«Eine Beschwerde nach den Wahlen schliesse ich nicht aus.»

Luzius Theiler, GPB/DA

kanzlei. Die GrünAlternativen hingegen sahen sich diskriminiert.

Der Regierungsrat kommt nun aber in einem von den GrünAlternativen veröffentlichten Entscheid zum Schluss, die Stadt Biel dürfe diesen Anmeldeschluss so früh festsetzen. Es sei auch zulässig, dies nur im Anzeiger von Biel und Leubringen zu tun. Es liege in der Verantwortung der Parteien, solche Anmeldefristen zur Kenntnis zu nehmen.

Die GrünAlternativen – in Bern besser bekannt als Grüne Partei Bern – Demokratische Alternative (GPB/DA) – überlegen sich nun, ob sie den Ent-



Seit 2007 bietet die Stadt Biel den politischen Parteien die kostenlose Plakatierung an, so auch 2008. UZ/ARCHIV

scheid ans Bundesgericht weiterziehen wollen. «Weil das Bundesgericht kaum noch vor den Wahlen entscheiden dürfte, werden wir vermutlich davon absehen», ergänzt auf Anfrage einer der beiden Berner GPB/DA-Stadträte und selber Nationalratskandidat, Luzius Theiler, die Meldung der Partei. Nicht auszuschliessen sei jedoch eine erneute Beschwerde nach dem Wahltag. «Allenfalls dann, wenn die in einer Unterlistenverbindung zusammengeschlossenen drei Grünen Parteien wegen der vermuteten Plakat-Diskriminierung ein Mandat ganz knapp verpassen sollten», so Theiler.

Anderswo mehr Erfolg

Mehr Erfolg als in Biel haben die GrünAlternativen mit ihrer Kritik an der Bevorzugung von Ortsparteien in der Agglomeration Bern: Laut Angaben der GPB/DA haben Bolligen und Münsingen beschlossen, Wahlplakate der GrünAlternativen zuzulassen. Dies, nachdem der zuständige Regie-

20 000 Franken für Wahlen

Gemäss Luzius Theiler verfügt die GPB/DA über ein Wahlkampfbudget von 20 000 Franken. Die Hälfte des Betrages kosteten die auf Deutsch und Französisch abgefassten Flyer, welche dem offiziellen Wahlcouvert beigelegt werden dürfen. Für den Druck und das Aufhängen der Plakate durch die APG gebe die Partei je rund 3000 Franken aus. Der Rest sei für Aktionen reserviert. «Ich staune selber, wie weit man im grossen Kanton Bern mit 20 000 Franken kommt.» Bei den Nationalratswahlen 2007 erreichte die GPB/DA einen Wähleranteil von 0,86 Prozent. (UZ)

rungsstatthalter Christoph Lerch auf Veranlassung der GrünAlternativen den Gemeinden in einem Rundschreiben die Spielregeln für die Plakatierung in Erinnerung gerufen

hatte (az Langenthaler Tagblatt berichtete). Laut Gemeindepräsident Niklaus Gfeller (EVP) erhielt die GPB/DA jedoch von Worb eine Absage: «Unser Gemeindereglement erlaubt das Gratisplakatieren nur den in unserem Grossen Gemeinderat vertretenen Parteien. Und dazu gehört die GPB/DA ganz klar nicht.»

Grosszügiges Burgdorf

Kein Problem sei das Plakatieren jeweils in Burgdorf, sagt Theiler: «Dort klappt es stets wunderbar, wir hatten noch in ein Problem.» Das ebenfalls angefragte Langenthal habe auf die Allgemeine Plakatgesellschaft (APG) verwiesen. Mit der APG habe die Stadt einen Vertrag abgeschlossen. Darin sei vorgeschrieben, dass alle Parteien gleichmässig zu berücksichtigen seien, sagt Theiler: «Bei der Plakatierungsserie, die wir mit der APG für die letzten zwei Wochen vor den Wahlen abgeschlossen haben, ist Langenthal auch dabei.»

Subventionen für Kaffeemaschine?

Burgdorf Als Energiestadt soll Burgdorf Käufer von energieeffizienten Haushaltgeräten subventionieren. Dies beschloss der Stadtrat auf Anregung der SP.

VON BRUNO UTZ

Die SP-Fraktion gab am Montagabend im Burgdorfer Stadtrat mit zwei Aufträgen den Steilpass zum Aufbau eines Förderprogramms für energieeffiziente Haushaltgeräte und zur Einrichtung eines Stromsparfonds. «Wir wollen die Bevölkerung motivieren, energieeffiziente Haushaltgeräte zu kaufen», erklärte SP-Sprecher Peter Biedermann. Burgdorf müsse dabei das Rad nicht neu erfinden. Gemeinden wie Marbach, Entlebuch, Romoos oder Fällanden kennen ebenso vergleichbare Förderprogramme wie seit Jahren die Städte Bern und Basel.

Konkret verlangte die SP Förderbeiträge von bis zu 300 Franken für den Kauf von Gefriergeräten und Wärmepumpen-Wäschetrocknern der höchsten verfügbaren Energieeffizienzklasse. Entsprechende Wäschetrockner für Mehrfamilienhäuser seien mit höchstens 600 Franken zu subventionieren. Innerhalb von zehn Jahren dürfe pro Haushalt maximal der Kauf eines Gerätes finanziell unterstützt werden. Pro Jahr solle die Stadt nicht

mehr als 30 000 Franken an Beiträgen auszahlen. Das Geld sei einem Stromsparfonds zu entnehmen, den die Stadt bis spätestens Ende 2012 einzurichten habe.

«Der SP-Auftrag zielt in die richtige Richtung», sagte EVP-Sprecher Martin Aeschlimann. Urs Gnehm, BDP-Stadtrat und Direktor des Burgdorfer Energieversorgers Localnet AG, mahnte, bei der Umsetzung sei darauf zu achten, dass nur Geräte subventioniert werden, die alte ersetzen. «Wer erstmals eine Tiefkühltruhe kauft, soll kein Geld aus dem Energiesparfonds erhalten.»

Alle Geräte berücksichtigen

Auch bei der Exekutive stiess die SP auf Goodwill: «Der Gemeinderat unterstützt die Idee», sagte Martin Kolb (FDP). Allerdings sei er der Mei-

nung, dass ein Förderprogramm alle energieeffizienten elektrischen Geräte belohnen sollte. «Zudem ist mit jährlich 30 000 Franken die Wirkung zu gering.» Der Gemeinderat beantragte deshalb die Aufnahme des Förderprogramms in den Richtplan Energie. Auch weil die finanzielle Lage der Stadt eng sei, müsse die Localnet AG den Stromsparfonds speisen. Es sei vorgesehen, den Energiebericht bis Frühling 2012 behördenverbindlich zu verabschieden. Kolb stellte die Realisierung des Stromsparfonds bis Ende 2012 in Aussicht.

Mit der Anmerkung, «das Geschäft darf nicht auf die lange Bank geschoben werden», zog Peter von Arb die beiden SP-Fraktionsaufträge zugunsten der gemeinderätlichen Anträge zurück. Diese hiess der Stadtrat darauf einstimmig gut.

FDP: FANKHAUSER FÜR RITTER IN DER GPK

Nach seinem Parteiwechsel von der FDP zur GLP (vgl. az Langenthaler Tagblatt vom 14. September) gab Stadtrat Michael Ritter seinen Sitz in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) frei. Auf Vorschlag der FDP wählte der Stadtrat am Montagabend

die jungfreisinnige Larissa Fankhauser als neues GPK-Mitglied. **Noch nicht definitiv gelöst hat die FDP die Nachfolge von Ritter als Fraktionschef.** Dieses Amt teilen sich Véronique Bachmann und Adrian Muster. Die FDP zog zudem eine Motion

zurück: Darin hatte sie wieder mehr Mitsprache in Budget-Fragen verlangt. Die parlamentarische Mitbestimmungsmöglichkeit sei seit der Einführung von New Public Management (NPM) vor bald fünf Jahren deutlich eingeschränkt. (UZ)

In 80 Tagen durch Bern

«Die Auflagen für KMU reduzieren»

Christian Hadorn (SVP)

ist Mitinhaber Hadorns Gülletechnik in Leimiswil. Der 57-Jährige ist Vater zweier Kinder, seit 2002 Grossrater, verheiratet, Gründer Tanzband Tornados.



WAHLEN 2011

Herr Hadorn, welchen Missstand möchten Sie als ersten beheben? Christian Hadorn: Als Unternehmer möchte ich die Auflagen und Gebühren verringern. Dazu braucht es bessere Rahmenbedingungen, um in der Schweiz zu produzieren. So setze ich mich auch für eine produzierende Landwirtschaft ein. Und als Mitglied des Aufsichtsrates der Polizeischule in Hitzkirch LU ist mir nicht nur die Sicherheit wichtig, sondern auch, dass die Polizisten sicher arbeiten können.

Sassen Sie schon auf einem Sitz im Nationalratssaal Probe?

Nein. Als ich vor dreissig Jahren das letzte Mal im Bundeshaus war, dachte ich noch nicht daran.

Wie halten Sie sich «fit»?

Ich bin gesund und habe eine tolle Moral. Darum bin ich auch gerne Nationalratskandidat. Sollte es am 23. Oktober reichen, ist das eine zusätzliche Freude. INTERVIEW: S. THOMI

Wahlserie Tag 49 Bis zum 23. Oktober präsentiert das az Langenthaler Tagblatt täglich einen ausgelosten neuen Nationalratskandidaten sowie sein liebstes Reiseziel vor der Haustüre.

Reisetipp Schmidigen



Ein Wandertipp? Vom Dorneggubel in Ochlenberg – «wer sich anmeldet, erhält zum Start von mir einen Drink» – schlägt Christian Hadorn eine Grenzwanderung auf dem Höhenweg zwischen Leimiswil und Ochlenberg Richtung Wäckerschwend und Schmidigen vor. Als Ziel nach der 2,5-stündigen Wanderung empfiehlt er die über 500-jährige «Speisewirtschaft zum Wilden Mann». – «Und wenn man den Wirt gut kennt, fährt er einem wieder heim», fügt Hadorn mit einem Zwinkern an. (SAT)

Mehr Sicherheit bei Medius

Apotheken Um den Patienten beim Bezug von Medikamenten eine grösstmögliche Sicherheit zu garantieren, führen die Apotheken im Kanton Bern ein Qualitätsmanagementsystem ein. Zur Erlangung des Zertifikates müsse eine Apotheke ein umfangreiches Prüfverfahren durchlaufen, schreibt der Apothekerverband des Kantons Bern (AKB) in einer Mitteilung vom Dienstag. Dazu sei eine mehrmonatige Vorbereitung unter Einbezug aller Mitarbeitenden notwendig. Mit 64 Apotheken verfüge bereits mehr als die Hälfte aller Apotheken im Kanton über das Qualitätszertifikat «QMS Pharma».

Dem 150-jährigen AKB gehören 80 Mitglieder mit einer eigenen Apotheke an; 37 weitere sind angestellte Verwalter einer Apotheke. (MGT)

Nachrichten

Büetigen Bahnschranke mitgerissen

Ein Unbekannter hat am Dienstagmittag in Büetigen beim Passieren eines Bahnübergangs mit seinem Fahrzeug die Bahnschranke mitgerissen. Trotz des Zwischenfalls wurde der Bahnbetrieb nicht beeinträchtigt, wie die Kantonspolizei mitteilte. Noch hat die Polizei nicht herausgefunden, wer für den Zwischenfall verantwortlich ist: Der oder die Unbekannte setzte seine Fahrt nach dem Herunterreisen der Schranke ohne anzuhalten fort. Deshalb sucht die Polizei Zeugen. Sie hält es für möglich, dass es ein landwirtschaftliches Fahrzeug war, welches auf 3,5 Metern Höhe mit der Bahnschranke kollidierte. (SDA)

Thun Gemeinderätin im Spital – Hüftoperation

Die Thuner Gemeinderätin Marianne Dumermuth (SP) musste sich einer Hüftoperation unterziehen. Nach dem Spitalaufenthalt von wenigen Tagen sei die Vorsteherin der Direktion Stadtentwicklung während etwa fünf Wochen rekonvaleszent, teilt die Stadt mit. Dumermuth werde ihre Amtstätigkeit zunächst von zu Hause aus ausüben. Externe Verpflichtungen könne sie jedoch nicht wahrnehmen. (MGT)